

Soziale Ungleichheit im Staatssozialismus Eine Skizze

Jens Gieseke

1. Zur Aktualität eines klassischen Themas



Stolzer Besitzer: „Hauswirt P.“ mit seinem hochwertigen Horch P 240 („Sachsenring“), dem letzten Oberklassemodell der Zwickauer Horch-Werke, 1958 in Potsdam
(Bundesarchiv, N 1648 Bild-KF12801, Foto: Manfred Beier)

Wie ungleich waren staatssozialistische Gesellschaften? Das ist die Ausgangsfrage dieses Themenhefts.¹ Folgt man gängigen Darstellungen, so scheint die Antwort klar zu sein: Bei den staatssozialistischen Ländern habe es sich um „nach unten nivellierte“, egalitäre Gesellschaften gehandelt,² die durch den Kon-

¹ Mein Dank für kritische Hinweise und Kommentare geht insbesondere an Jan C. Behrends, Rüdiger Bergien, Frank Bösch, Jürgen Danyel, Klaus Gestwa, Renate Hürtgen, Jan-Holger Kirsch, Thomas Lindenberger, Sabine Pannen und André Steiner, sowie für tatkräftige Unterstützung an Ute Groß.

² Rainer Geißler, *Die Sozialstruktur Deutschlands*, 2., neubearb. und erw. Aufl. Bonn 1996, S. 63.

trast zu den scharfen Gegensätzen von Reichtum und Armut in der kapitalistischen Umwelt geprägt gewesen seien, durch eine gleichmäßige und breite soziale Sicherung, die sogar dem Westen in der Systemkonkurrenz sozialpolitische Zugeständnisse abgenötigt habe, durch Vorzüge wie ein hohes Maß an Frauenerwerbstätigkeit und eine alles durchdringende Kultur der „Arbeiterlichkeit“.³

Wie ein Blick in Standardwerke der Sozialgeschichte und international vergleichende Sammelbände zeigt, erschien die Frage sozialer Ungleichheit damit abgearbeitet oder jedenfalls von nachrangiger Relevanz gegenüber einer Vielfalt anderer Fragen, wie den verschiedenen Arrangements mit der diktatorischen Herrschaft, der Abfolge von Erfahrungskohorten vor dem Hintergrund der Gewaltkatastrophen des 20. Jahrhunderts oder der kulturellen Modernisierung in Design und Konsum.⁴ Wenn es im Staatssozialismus in dieser Hinsicht etwas Bemerkenswertes gegeben habe, so die Argumentation unter dem Eindruck der Digitalen Revolution und des Marktliberalismus, dann einen ruinösen Mangel an Ungleichheit und Differenzierung als Triebmittel für ökonomische und gesellschaftliche Modernisierung.⁵ Dieses Bild wird in den Beiträgen des vorliegenden Hefts auf den Prüfstand gestellt.

Dafür gibt es mehrere Gründe. Zum einen finden Soziologen den Traditionstopos „soziale Ungleichheit“ wieder interessant. Vertikale Stratifikation in den Gesellschaften der Gegenwart steht individualisierten Lebensstilen, dem Auftreten von gesamtgesellschaftlichen Risiken oder „horizontalen“ Funktionsdifferenzierungen sozialer Teilsysteme keineswegs nach.⁶ Zudem werden die unterschiedlichen Dimensionen der Verteilung von Vor- und Nachteilen als „intersektionales“ Geflecht zusammengedacht: vor allem Beruf und Vermögen, Qualifikation, Geschlecht, die körperliche Fähigkeit zur Erwerbstätigkeit, ethni-

³ Wolfgang Engler, *Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land*, Berlin 1999.

⁴ Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994; Arnd Bauerkämper, *Die Sozialgeschichte der DDR*, München 2005; David Crew (Hg.), *Consuming Germany in the Cold War*, Oxford 2003; Susan E. Reid/David Crowley (Hg.), *Style and Socialism. Modernity and Material Culture in Post-War Eastern Europe*, Oxford 2000; Katherine Pence/Paul Betts (Hg.), *Socialist Modern. East German Culture and Politics*, Ann Arbor 2008; vgl. hierzu die Wahrnehmung von Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 5: 1949–1990*, München 2008, S. 216–234.

⁵ Sigrid Meuschel, *Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989*, Frankfurt a.M. 1992; M. Rainer Lepsius, Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR, in: Kaelble/Kocka/Zwahr, *Sozialgeschichte der DDR* (Anm. 4), S. 17–30; Stephen Kotkin, *Armageddon Averted. The Soviet Collapse 1970–2000*, Oxford 2001.

⁶ Vgl. Thomas Schwinn, *Soziale Ungleichheit*, Bielefeld 2007; Heike Solga/Justin Powell/Peter A. Berger (Hg.), *Soziale Ungleichheit. Klassische Texte zur Sozialstrukturanalyse*, Frankfurt a.M. 2009; David B. Grusky/Szonja Szelenyi (Hg.), *The Inequality Reader. Contemporary and Foundational Readings in Race, Class, and Gender*, 2. Aufl. Boulder 2011; David B. Grusky in Zusammenarbeit mit Manwai C. Ku und Szonja Szelenyi (Hg.), *Social Stratification. Class, Race, and Gender in Sociological Perspective*, Boulder 2008.

sche und andere kulturelle Differenzen.⁷ Auch jenseits des Entstehungskontextes dieser Perspektive im US-amerikanischen Feminismus und Anti-Rassismus ergeben sich daraus beachtenswerte Gesichtspunkte für den Staatssozialismus.

In der Geschichtswissenschaft hat sich mit dem Cultural Turn die enge Beziehung zur Soziologie aus den Boomzeiten der „Historischen Sozialwissenschaft“ eher gelockert und zugleich verändert.⁸ Das Bewusstsein für die kulturelle Konstruktion und daraus resultierende Semantik sozialer Stratifikationen und des „Sozialen“ schlechthin ist in den Vordergrund gerückt. Vor dem Hintergrund der These von einer „Verwissenschaftlichung des Sozialen“ in der Moderne debattieren Historiker, ob sozialwissenschaftliche Theorien und Methoden lediglich als Ausdruck dieser zeitgenössischen Konstruktionen zu betrachten seien oder aber auf Augenhöhe in die Historik „importierbar“ bleiben (vgl. den Essay von Thomas Mergel in diesem Heft).⁹

Die hier versammelten Beiträge nehmen Argumente solcher Debatten auf, indem sie nach der diskursiven Konstruktion von sozialen Hierarchien im Staatssozialismus fragen und diese heuristisch stärker trennen von den materiellen Verhältnissen, die darin sichtbarer oder versteckter auftauchen. Auch die Konzepte der westlichen Soziologie („Wertewandel“, „Risikogesellschaft“ etc.) sind dabei zu testen. Zugleich gab und gibt es einen Nachholbedarf an Wissen über die materiellen Grundtatbestände der Gesellschaften sowjetischen Typs. Durch die Geheimhaltung in den sozialistischen Systemen sind zum Beispiel Einkommens- und Vermögensverteilungen noch immer rekonstruktionsbedürftig.¹⁰ Hier werden also mehrere korrespondierende Ebenen betrachtet: der Offizialdiskurs der kommunistischen Regime als Teil des „realen“ sozialen Lebens, die Konzepte

⁷ Gabriele Winker/Nina Degele, *Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten*, Bielefeld 2009, S. 15f.; Cornelia Klinger/Gudrun-Axeli Knapp, Achsen der Ungleichheit – Achsen der Differenz: Verhältnisbestimmungen von Klasse, Geschlecht, ‚Rasse‘/Ethnizität, in: dies./Birgit Sauer (Hg.), *Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität*, Frankfurt a.M. 2007, S. 19-41, hier S. 20f.

⁸ Patrick Joyce, What is the Social in Social History?, in: *Past and Present* 206 (2010), S. 213-248.

⁹ Lutz Raphael, Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, in: *Geschichte und Gesellschaft* 22 (1996), S. 165-193; Rüdiger Graf/Kim Christian Priemel, Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. Legitimität und Originalität einer Disziplin, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 59 (2011), S. 1-30; Bernhard Dietz/Christopher Neumaier, Vom Nutzen der Sozialwissenschaften für die Zeitgeschichte. Werte und Wertewandel als Gegenstand historischer Forschung, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 60 (2012), S. 293-304; Christiane Reinecke/Thomas Mergel, Das Soziale vorstellen, darstellen, herstellen: Sozialwissenschaften und gesellschaftliche Ungleichheit im 20. Jahrhundert, in: dies. (Hg.), *Das Soziale ordnen. Sozialwissenschaften und gesellschaftliche Ungleichheit*, Frankfurt a.M. 2012, S. 7-32.

¹⁰ André Steiner, Die personelle Einkommensverteilung in den staatssozialistischen Ländern zwischen Anspruch und Wirklichkeit, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 91 (2004), S. 484-489.

zeitgenössischer Sozialwissenschaftler und Statistiker sowie die Lebensverhältnisse und Gesellschaftsbilder in der Bevölkerung anhand eigener Kategorien.

Ein weiterer Ansatzpunkt ergibt sich auf dem engeren Feld der geschichtswissenschaftlichen Kommunismusforschung. Das im Hinblick auf das soziale Leben eher sterile Totalitarismuskonzept ist durch die „aufhebende“ Synthese mit gesellschafts- und alltagsgeschichtlichen Ansätzen sehr viel fruchtbarer für die Praxis kommunistischer Herrschaft gemacht worden – oder umgekehrt: Die Sozialgeschichte ist dem Gegenstand angemessen „politisiert“ worden.¹¹ Damit lässt sich auch die Sensibilität der zeitgenössischen Staatssozialismuskritik von Trotzki über Djilas bis Bahro für die sozialen Konsequenzen politischer Ungleichheit in der kommunistischen Diktatur aufnehmen, ohne deren Klassifikation von „Haupt-“ und „Nebenwidersprüchen“ und deren utopischem Überschuss zu folgen.

Eine Sozialgeschichte staatssozialistischer Systeme hat mehreren Spezifika Rechnung zu tragen: Der Topos der „Gleichheit“ war aufgrund der Genese aus der marxistischen Arbeiterbewegung einer der wichtigsten Leitgedanken in Politik und Inszenierung sozialen Lebens. Damit unterscheidet sich die analytische Ausgangskonstellation für die Frage nach Oben und Unten, nach Reichtum und Armut fundamental von anderen politisch-sozialen Systemen. Zudem waren aufgrund des strukturell schrankenlosen politischen Gestaltungsanspruchs und des zentralistischen Aufbaus die Durchgriffsmöglichkeiten der Regime außergewöhnlich stark ausgeprägt. Allerdings konnte ein solcher Steuerungsanspruch die Eigenlogiken gesellschaftlicher Subsysteme zwar institutionell schwächen und phasenweise sogar gewaltsam ausschalten, nicht aber ihre Geltung voluntaristisch auf Dauer unwirksam machen. Die sozialhistorische Analyse hat sich deshalb mit ebenso intensiverer Aufmerksamkeit all jenen informellen Regelungsmechanismen, Kontingenzen und „Eigensinnigkeiten“ von Akteuren zu stellen, die mit dem tieferen Einblick in die Funktionsweisen dieser Systeme nach der Archivrevolution der frühen 1990er-Jahre sichtbar geworden sind.¹²

¹¹ Alf Lütcke, Herrschaft als soziale Praxis, in: ders. (Hg.), *Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozial-anthropologische Studien*, Göttingen 1991, S. 9-63; Thomas Lindenberger, Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung, in: ders. (Hg.), *Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR*, Köln 1999, S. 13-44; Sandrine Kott/Emmanuel Droit (Hg.), *Die ostdeutsche Gesellschaft. Eine transnationale Perspektive*, Berlin 2006; Sheila Fitzpatrick/Michael Geyer (Hg.), *Beyond Totalitarianism. Stalinism and Nazism Compared*, Cambridge 2009.

¹² Alexei Yurchak, *Everything was forever, until it was no more. The Last Soviet Generation*, Princeton 2006; Jan Palmowski, *Inventing a Socialist Nation. Heimat and the Politics of Everyday Life in the GDR 1945–1990*, Cambridge 2010; Alena V. Ledeneva, *Russia's Economy of Favours. Blat, Networking and Informal Exchange*, Cambridge 1998; Annette Schuhmann (Hg.), *Vernetzte Improvisationen. Gesellschaftliche Subsysteme in Ostmitteleuropa und in der DDR*, Köln 2008.

Im Folgenden werden Ansatzpunkte für eine solche Analyse skizziert: Zum einen werden reale Verteilungen von sozialen Vor- und Nachteilen betrachtet (auf den Ebenen von Einkommen, bürokratischer Zuteilung sowie Effekten der Schattenwirtschaft). Hierbei wird idealtypisch zwischen „gewollten“ und „ungewollten“ Ungleichheitseffekten unterschieden, also zwischen jenen, die sich auf Normvorstellungen der herrschenden Kommunisten zurückführen lassen (2./3.), und jenen, die ihnen aufgrund mangelnder Steuerkapazität gegenüber konkurrierenden inneren oder äußeren Einflüssen gleichsam aufgezwungen wurden (4.). Anschließend wird beleuchtet, wie soziale Ungleichheit und ihre Legitimität in den Inszenierungen der „Sichtbarkeitsregime“ dargestellt und in den Gesellschaftsbildern in der Bevölkerung diskutiert wurden (5.). Im letzten Abschnitt (6.) wird mit Blick auf die späten 1970er- und die 1980er-Jahre nach der „Vorgeschichte des Postkommunismus“ gefragt, also nach den sozialen Konstellationen, die dem Ende der kommunistischen Gesellschaftsformation vorausgingen und dieses bedingten.

Zeitlich konzentriert sich diese Skizze auf die Etappe nach dem Stalinismus (wenngleich viele Phänomene ihren Ursprung in jener Phase haben¹³). Sie wurde in den empirischen Bezügen vorwiegend aus der Analyse der DDR-Gesellschaft entwickelt, soll aber zugleich Möglichkeiten der Verallgemeinerung umreißen. Diese zeigen auch die Beiträge im Heft zur Sowjetunion bzw. zu Russland, Polen sowie, als außereuropäischer Kontrast, China.

2. Leistungsegalitarismus und staatssozialistische Intersektionalität – die gewollte Stratifikation

Die erste Ebene für die Annäherung an Potentiale sozialer Ungleichheit sind die vom Regime selbst vorgenommenen Normentscheidungen. Der gesellschaftspolitisch wichtigste Schritt war, die Vermögensbildung durch Akkumulation ökonomischen Kapitals weitgehend auszuschalten und damit die bürgerlichen Eliten materiell zu entmachten und zu vertreiben. An die Stelle des Eigentums an potentiellen Reichtumsquellen trat eine eingeschränkte Verfügungsgewalt, die sich vor allem in der Möglichkeit niederschlug, über die Erträge zu entscheiden.¹⁴ Sie lag – idealtypisch gesprochen – bei der Spitze des Parteiregimes.

¹³ Vgl. das stärker auf den Stalinismus fokussierte Themenheft „Le quotidien du communisme“ von *Annales. Histoire, Science Sociale* 68 (2013) H. 2, v.a. den einleitenden Überblick von Larissa Zakharova, *Le quotidien du communisme: pratiques et objets*, in: ebd., S. 305-314; sowie Jukka Gronow, *Caviar with Champagne. Common Luxury and the Ideals of the Good Life in Stalin's Russia*, Oxford 2003; Julie Hessler, *A Social History of Soviet Trade. Trade Policy, Retail Practices, and Consumption, 1917–1953*, Princeton 2004; im Hinblick auf Lebensstile und soziale Differenzierung auch Stephen Kotkin, *Magnetic Mountain. Stalinism as a Civilization*, Berkeley 1997; Simon Sebag Montefiore, *Stalin. Am Hof des roten Zaren*, Frankfurt a.M. 2005.

Der Zugang zu den Erträgen bildete das wichtigste Maß für soziale Vor- und Nachteile in der staatssozialistischen Gesellschaft.¹⁵ Die Verwalter des Staatseigentums entschieden über die Verteilung, hatten aber keine Möglichkeit, diese Verfügungsgewalt individuell zu vererben – sie unterlagen dem systemtypischen „property vacuum“ an ökonomischem Kapital.¹⁶ Die Reproduktion sozialer Lagen verschwand damit allerdings nicht, sondern verlagerte sich – um mit Bourdieu zu sprechen – vorwiegend auf das soziale und kulturelle Kapital.

Im laufenden Betrieb der so geordneten Gesellschaft hatten die Regime die Möglichkeit und gewissermaßen auch die Pflicht, ein in sich schlüssiges Abstufungssystem auf der Ebene des regulären Einkommens in Binnenwährung zu schaffen. Dieses System war der Besoldung des öffentlichen Dienstes in westlichen Systemen in Form und Spreizung ähnlich, erfasste allerdings nicht nur den Bereich der Staatsverwaltung, sondern auch alle anderen Sektoren, von Industriebetrieben über Krankenhäuser und Gerichte bis hin zu HO-Gaststätten. Natürlich spielten in der Praxis dieses komplexen Gehaltssystems verdeckte Aushandlungsmechanismen eine gewisse Rolle, so dass Spielräume für zusätzliche Lohnanreize etc. vorhanden waren. Aber das System als solches bot einen administrativ gesetzten Überblick darüber, welche Tätigkeiten in welchem Maße als honorierungswürdig betrachtet wurden. Die „demokratisch-zentralistische“ Durchherrschaft der Subsysteme übersetzte sich sozial in eine hohe Durchschlagskraft der politisch gesetzten Prioritäten.

Offizieller Leitgedanke war die wohlbekannte, an Karl Marx angelehnte Formel „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“. Es ging also nicht um „Gleichmacherei“, sondern um das Bekenntnis zu einer gestaffelten Abstufung, die man als „leistungsegalitär“ bezeichnen kann. Die dabei wirksamen Kriterien von „Leistung“ waren allerdings hochgradig kulturell und politisch aufgeladen und öffneten ein weites Feld von Differenzierungen. Arbeitsbasiertes Einkommen bildete die legitime Hauptbasis für die Verteilung: Wer viel und „hochwertig“ arbeitete, hatte einen leistungsbezogenen, aber grundsätzlich egalitären Anspruch auf Entlohnung. Schon dieses Kriterium der Erwerbsfähigkeit hatte eine selektive Wirkung. Zugleich setzte das System Prioritäten über Wert und Minderwert von konkreten Tätigkeiten und honorierte politische Loyalität sowie soziokulturelle Konformität.¹⁷

Die sichtbarste und legitimatorisch als Gegenprivilegierung am stärksten herausgestellte Wertentscheidung war es, „die Arbeiter“ relativ hoch im Vergleich

¹⁴ Iván Szelényi, Social Inequalities in State Socialist Redistributive Economies, in: *International Journal of Comparative Society* 19 (1978), S. 63-87; János Kornai, *The Socialist System. The Political Economy of Communism*, Oxford 1992, S. 302-332.

¹⁵ Vgl. Heike Solga, *Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR*, Berlin 1995, S. 48f.

¹⁶ Lindenberger, Die Diktatur der Grenzen (Anm. 11), S. 40, unter Berufung auf Felipe Garcia Casals, *The Syncretic Society*, White Plains 1980.

zu höherqualifizierten Positionen zu entlohnen, so dass es an einem Schnittpunkt in dieser Einkommenshierarchie relativ geringe Anreize gab, sich weiter nach oben zu orientieren. Die Lasten der Weiterbildung sowie die Pflicht zu politischem Engagement und Teilhabe an Disziplinierungsakten machten solche Aufstiege nur bedingt attraktiv.

„Arbeiterliche“ Tätigkeit war also grundsätzlich privilegiert, doch gab es eine breite Abstufung, die am industrialistischen Ideal produktiver Arbeit orientiert war. Gut bezahlte Arbeit sollte demnach körperlich schwer und damit tendenziell maskulin sein oder als Spezialistentätigkeit ein hohes Maß an Wertschöpfung erbringen, in industriellen Großbetrieben der (zeitgenössisch definierten) „Schlüsselindustrien“ stattfinden (z.B. Schwerindustrie und Metallurgie, Rüstung, Maschinenbau, Chemie usw.) und auf einer qualifizierten Facharbeiter- oder technisch-ökonomischen Ausbildung beruhen. Im Umkehrschluss bedeutete dies, dass Arbeit tendenziell schlecht bezahlt wurde, wenn sie weiblich, ungelernt oder körperlich weniger belastend war und in kleinen, nicht-industriellen Betrieben stattfand.¹⁸

Die zweite Gruppe mit erhöhtem Bezahlungsniveau neben dieser Art von Facharbeitern waren Leitungskader und technische Spezialisten. Ihnen wurde die erhöhte Entlohnung aufgrund der gesteigerten Verantwortung ihrer Tätigkeit als legitim zuerkannt. Zudem spiegelten sie den Fortschrittsglauben in der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ wider. Gerade diese Gruppe war zwar offenkundig im Nachteil gegenüber kapitalistischen Gesellschaften. Dort hatten (und haben) Unternehmer, Manager, Ingenieure etc. um ein Vielfaches höhere Einkommen und beste Chancen auf ökonomische Kapitalbildung. Aber auch im Staatssozialismus lag diese Gruppe in den obersten Einkommensrängen (wenngleich es bis heute nur lückenhafte Daten über ihre tatsächliche Gehaltssituation gibt). Als systemspezifischer Faktor kam hier die Anforderung der politischen Loyalität hinzu: Wer solche Positionen innehatte, musste (der Tendenz nach) bereit sein, der Kommunistischen Partei beizutreten und „gesellschaftliche Arbeit“ zu leisten, also bekennend, werbend oder disziplinierend politisch aktiv zu werden (oder zumindest den Anschein zu wecken). Die Relevanz dieses Faktors war nach Sektoren unterschiedlich ausgeprägt und konnte durch besonders gefragte fachliche Qualifikationen zum Teil kom-

¹⁷ Vgl. schon René Ahlberg, *Der Mythos der sozialen Gleichheit im Sozialismus*, in: *Osteuropa* 31 (1981), S. 963-984; Szelényi, *Restitutive Economies* (Anm. 14); vgl. zum Folgenden die Übersicht bei Frank Adler/Albrecht Kretschmar, *Ungleichheitsstrukturen in der ehemaligen DDR*, in: Rainer Geißler (Hg.), *Sozialer Umbruch in Ostdeutschland*, Opladen 1993, S. 93-118.

¹⁸ Christoph Kleßmann, *Arbeiter im Arbeiterstaat. Deutsche Traditionen, sowjetisches Modell, westdeutsches Magnetfeld (1945 bis 1971)*, Bonn 2007; Christiane Brenner/Peter Heumos (Hg.), *Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung. Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, DDR 1945–1968*, München 2005; Renate Hürtgen, *Zwischen Disziplinierung und Partizipation. Vertrauensleute des FDGB im DDR-Betrieb*, Köln 2005.

pensiert werden, stieg aber in jedem Fall, je höher die Position und damit das Einkommen in der Gesamthierarchie war.¹⁹

Der Parteistaat legte die Einkommensprivilegierung für diese beiden Gruppen relativ breit sichtbar (z.B. in Statistiken) als legitim und erwünscht dar. Für eine dritte Gruppe blieb sie hingegen sorgfältig verborgen, nämlich für die Angehörigen der Machtsicherungseliten. Hierunter ist insbesondere der kommunistische Parteiapparat selbst zu verstehen, die Spitzenpositionen des Staatsapparats, aber auch der gesamte Bereich der „bewaffneten Organe“ (mit Abstufungen zwischen Staatssicherheit, Militär und Polizei). In der DDR zählte dieser Bereich 1989 mehr als 700.000 Personen, also rund 7 Prozent der Erwerbstätigen. Schon der Durchschnittswert der Haushaltseinkommen in diesem Bereich lag mindestens 10 Prozent über dem der zivilen Arbeiter und Angestellten in der DDR-Bevölkerung.²⁰ Im Falle des Ministeriums für Staatssicherheit lag das Durchschnittseinkommen in den 1950er-Jahren sogar mehr als 100 Prozent über dem der Gesamtbevölkerung, später (nach einigen Lohnsteigerungsschüben im zivilen Sektor) zwischen 50 und 100 Prozent. In der Armee lag es 20 bis 50 Prozent über den Gesamtwerten.²¹

Hier zeigt sich eine zweite Normentscheidung des Parteistaates: Neben dem produktivistischen Element stand das der Machtsicherung mit den Gewaltmitteln der „Diktatur des Proletariats“. Noch stärker als in der Volkswirtschaft dominierten im „militarisierten Sozialismus“²² Ideale von Maskulinität und politischer Loyalität. Die Anforderung der physischen Leistungsfähigkeit war hier in Härte, „Kampfbereitschaft“ und nahezu schrankenlose Dienstwilligkeit umgemünzt.²³ Sowohl in der Gruppe der Leitungskader und Spezialisten als auch in den Machtsicherungseliten gab es eine starke Präferenz für Männer mit einem Aufstieghintergrund aus der ersten genannten Gruppe, die Leistungs- und Durchsetzungsfähigkeit, „sozialistisch“-informelle Improvisations- und Managementfähigkeit sowie politische Loyalität an den Tag legten.

Den genannten drei Spitzengruppen standen entsprechende „Gegengruppen“ in den unteren Rängen der Einkommensskala gegenüber, die eine systemtypisch ausgeprägte „intersektionale“ Akkumulation von sozialen Nachteilen aufwiesen – wie Rentnerinnen, ethnische Minderheiten oder politisch-soziale

¹⁹ Vgl. Renate Hürtgen, *Angestellt im VEB. Loyalitäten, Machtressourcen und soziale Lagen der Industriearbeitenden in der DDR*, Münster 2009, S. 198-205.

²⁰ Vgl. Heike Wirth, Amtliche Bevölkerungserhebungen der DDR als Quelle für sozialstrukturelle Analysen, in: *Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien* Nr. 10 (1998), S. 25-39, hier S. 30.

²¹ Jens Gieseke, Zwischen Privilegienkultur und Egalitarismus. Zu den Einkommensstrukturen des Ministeriums für Staatssicherheit, in: *Deutschland Archiv* 43 (2010), S. 442-453.

²² Frank Ettrich, Die Militarisierungsthese in der Theorie staatssozialistischer Gesellschaften, in: *Berliner Debatte Initial* 8 (1997) H. 6, S. 13-28.

²³ Vgl. zum Parteiapparat: Rüdiger Bergien, Erstarrter Bellizismus: Die SED-Funktionäre und ihr Weg in den Herbst '89, in: Martin Sabrow (Hg.), *Das Wunder der friedlichen Revolution. „1989“ und die Rolle der Gewalt*, Göttingen 2012, S. 33-55.

„Outcasts“ (Heimkinder, „Asoziale“, ehemalige Häftlinge etc.). Der Frauenanteil sowie der Anteil von Repräsentanten jeder anderen Art kulturell oder politisch nonkonformer Gruppen war in den unteren Lagen besonders hoch. In den höheren (und folglich am höchsten bezahlten) Rängen lag er praktisch bei null. Da Frauen als Arbeitskrätereservoir eingesetzt wurden und zum Teil die Berufspositionen als Arbeiter übernahmen, erreichten sie eine hohe Erwerbsquote und gewannen daraus soziale Selbstständigkeit. Trotzdem wurden sie tendenziell schlechter bezahlt und stießen gegen die „sozialistische Glasdecke“.²⁴ Insbesondere wenn ihre Lage nicht durch ein gemeinsames Haushaltseinkommen mit besserverdienenden Männern bestimmt war, hatten sie eine nachteilige Position.²⁵ Die Geschlechterdimension verknüpfte sich mit der Frage von Alter und körperlicher Leistungsfähigkeit. Dies zeigt sich bei nicht (mehr) produktiv Tätigen wie Behinderten und älteren Frauen, deren Rentenbezüge sich aus ihrer niedrigen Position ergaben. Diese Gruppen rangierten gemäß dem produktivistischen Prinzip in den hinteren Prioritäten der Sozialpolitik. Wer über keines der anderen Attribute verfügte und sich zum Beispiel nicht in die Sondersversorgungssysteme für höherrangige Kader begeben konnte, hatte sich mit einer Mindestrente zu begnügen, die zu erheblichen Teilen unterhalb der Armutsgrenze lag (siehe hierzu den Beitrag von Christoph Lorke in diesem Heft). Diese Verteilungslinien konnten noch verstärkt oder ergänzt werden, sofern die Einwohner nicht den politischen und/oder kulturellen Konformitätsanforderungen entsprachen: so genannte „Asoziale“, also sozial auffällige Einwohner, die nicht oder schwierig in Arbeitsprozesse einzugliedern waren,²⁶ ethnische Minderheiten und Migranten, ausländische Vertragsarbeiter (bzw. wiederum: Vertragsarbeiterinnen),²⁷ nicht zuletzt politisch auffällige Dissidenten, die mit Berufsverboten belegt waren usw.²⁸

²⁴ Vgl. Gunnar Winkler (Hg.), *Sozialreport 90. Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR*, Berlin 1990, S. 121f.; für die Ära Ulbricht: Donna Harsch, *Revenge of the Domestic. Women, the Family and Communism in the German Democratic Republic*, Princeton 2007; für Polen: Małgorzata Mazurek, *From Welfare State to Self-Welfare: Everyday Opposition among Female Textile Workers in Łódź, 1971–81*, in: Jie-Hyun Lim/Karen Petrone (Hg.), *Gender Politics and Mass Dictatorship. Global Perspectives*, Basingstoke 2011, S. 278–300.

²⁵ Hürtgen, *Angestellt im VEB* (Anm. 19), S. 64–84.

²⁶ Thomas Lindenberger, ‚Asoziale Lebensweise‘: Herrschaftslegitimation, Sozialdisziplinierung und die Konstruktion eines ‚negativen Milieus‘ in der SED-Diktatur, in: *Geschichte und Gesellschaft* 31 (2005), S. 227–254; Sven Korzilius, ‚Asoziale“ und „Parasiten“ im Recht der SBZ/DDR. *Randgruppen im Sozialismus zwischen Repression und Ausgrenzung*, Köln 2005.

²⁷ Mike Dennis, Asian and African Workers in the Niches of Society, in: Mike Dennis/Norman Laporte (Hg.), *State and Minorities in Communist East Germany*, New York 2011, S. 87–123; Karin Weiss/Mike Dennis (Hg.), *Erfolg in der Nische? Die Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland*, Münster 2005.

²⁸ Jonathan Bolton, *A World of Dissent. Charter 77, the Plastic People of the Universe, and Czech Culture under Communism*, Cambridge 2012, S. 90; Danuta Kneipp, *Im Abseits. Berufliche Diskriminierung und Dissidenz in der Honecker-DDR*, Köln 2009.



Aus der Fotoserie „Im Feierabendheim“, aufgenommen von Helga Paris 1980 in Berlin (Ost), Prenzlauer Berg. Die Fotografin schreibt dazu: „Das Heim wirkt ordentlich und bescheiden. Es ist mit geringem Aufwand ausgestattet, nicht altersgerecht und stellt das momentan Bestmögliche dar, was der Staat alten Menschen zugesteht. [...] Die Zimmer in den Wohntagen sind klein, zwei Personen leben darin. Einzelzimmer gibt es nicht. [...] Daß sie kaum etwas aus ihrem früheren Leben mitbringen dürfen, ist wohl der entscheidende Grund, warum die Menschen so passiv erscheinen. [...] Die alten Leute, mit denen ich sprach während meiner Arbeit, waren zufrieden, in dem Feierabendheim, wie es hieß, zu sein. Die Wartezeit betrug zwei bis drei Jahre, die Bezahlung im Monat in der allgemeinen Station 105,-, in der Pflegestation 120,-. Vorher wohnten sie in Altbauwohnungen mit Ofenheizung, oft mehrere Treppen hoch, und waren jetzt froh, versorgt zu sein. Ihre Bescheidenheit hat mich geschmerzt. Es ist die Generation, die den Krieg mitgemacht hat, unter großen Entbehrungen die Nachkriegszeit und den Wiederaufbau. Sie sind abgewirtschaftet. Zu Wohlstand hat es keiner gebracht. In diesem Land war alt sein gleichbedeutend mit an der unteren Grenze der materiellen Existenz zu leben. Es gab keine reichen alten Leute. Die waren enteignet worden oder rechtzeitig in den Westen gegangen.“

(Foto: © Helga Paris/Deutsches Historisches Museum, Fotosammlung,
 <http://www.dhm.de/ausstellungen/lebensstationen/3_176d.htm>)



Junge vietnamesische Vertragsarbeiter/innen füllten in den 1980er-Jahren die Arbeitskräftelücken in der DDR. Sie arbeiteten häufig in der Textilindustrie, wie hier in der Kinderstrumpfhosenproduktion des VEB Thüringer Strumpfwaren Diedorf, Bezirk Erfurt. Oft entfalteten sie in ihren Wohnheimen mit eigenen Nähmaschinen eine ausgedehnte ‚Grauproduktion‘ an gefragten Kleidungsstücken wie zum Beispiel Jeans. Aus der Bildbeschreibung des ADN-Fotos von 1987: „Gegenwärtig machen sie sich mit der modernen Technik vertraut und erlernen die deutsche Sprache. Später erhalten sie eine Berufsausbildung als Facharbeiter für Textiltechnik.“ Zunächst waren die Vertragsarbeiter/innen als ungelernete Arbeitskräfte beschäftigt, d.h. in den unteren Lohngruppen. (Bundesarchiv, Bild 183-1987-1005-003, Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst – Zentralbild, Foto: Heinz Hirndorf)

Auf die Effekte der Preispolitik kann hier nur kurz eingegangen werden. Sich Brot, Kartoffeln, billige Wurst und Schnaps zu kaufen, war auch den Ärmsten kein Problem. Das „Delikat“-Angebot von Südfrüchten in Dosen oder magerem, höherwertigem Fleisch gehörte schon nicht mehr zum regelmäßig erswinglichen Warenkorb. Insofern profitierten auch die Bezieher höherer Einkommen von den Subventionen auf Grundnahrungsmittel und hatten folglich mehr Geld, um die (teilweise mit Aufschlägen verkauften) höherwertigen Produkte zu erwerben. Die Einkommensdifferenzierung wurde also durch die Spanne zwischen subventionierten und teuren Waren noch gesteigert.

Im Kontrast zu westlichen Einkommensdifferenzen erscheinen alle diese Unterschiede als geringfügig und das Gesamtsystem noch immer als relativ „egalitär“. Selbst die KP-Generalsekretäre als „Spitze“ dieses Systems bewegten

sich – dem offiziellen Gehalt nach – in einem relativ moderaten Rahmen: so verdiente Erich Honecker 1980 in dieser Funktion 6.500 Mark, bei einem Durchschnittseinkommen der Arbeiter und Angestellten von 1.030 Mark.²⁹ Je genauer man jedoch die Verhältnisse betrachtet, desto klarer treten sowohl die verdeckten Differenzen am oberen und unteren Ende und zugleich die dahinter stehenden Wertpräferenzen hervor.³⁰

3. Politisch-bürokratische Verteilungsverfahren

Die Verteilung in dieser „gewollten“ Ungleichheitshierarchie wurde durch eine zweite Ebene tendenziell verstärkt. Parallel zum Geldeinkommen in Binnenwährungen gab es für knappe Güter und Dienstleistungen (wie Wohnraum, Telefon, Pkw, Kur- und Krankenhausaufenthalte auf gehobenem Standard oder attraktive Urlaubsplätze) politisch-bürokratische Zuteilungsmechanismen, für die der Besitz hinreichender Mengen an Binnenwährung nicht das entscheidende Kriterium war. Dies gilt auch für andere gesellschaftliche Vorteile wie den Zugang zu Berufswegen mit hohem Sozialprestige und angenehmeren Arbeitsbedingungen oder einem Zugewinn an Lebensqualität durch die Gewährung von Freiheitsrechten wie dem Zugang zu westlicher Literatur oder Reiseerlaubnisse außerhalb des Sowjetblocks. Dieser zweite Verteilungskanal lag mindestens ebenso stark in der Hand der parteistaatlichen Entscheidungsgewalt wie die Verteilung der Geldeinkommen, und er verstärkte die Effekte des ersten Kanals.

Die sozialhistorisch am besten zu greifende Ebene ist die der urbanen Wohnverhältnisse. Auf der einen Seite standen die „socialist suburbias“ der modernen, großflächigen Plattenbausiedlungen mit (gemessen am damals Üblichen) hohem Ausstattungsstandard. Deren Charakterisierung als „Arbeiterschließfächer“ trifft zwar den sozialen Konformitätsdruck, die durchgängige Erwerbsorientierung der dort lebenden Menschen und das geringe Maß an Individualisierbarkeit der Wohnsituation. Tatsächlich bekamen den Zugang allerdings keineswegs „die Arbeiter“ in toto, sondern bevorzugt junge Industriefacharbeiterfamilien.³¹ Dahinter stand eine pro-natalistische und auf stabile Kleinfamilien orientierte, auf bescheidenen Wohlstand, politisch-moralische „Sauberkeit“ und Kollektivität ausgerichtete Politik. Neben jungen Arbeiterfamilien waren die Angehörigen der ökonomisch-technischen und der Machtsicherungseliten

²⁹ Vorlage für das Sekretariat des ZK betr. Gehaltsregulativ für den Parteiapparat der SED, Anlage 1, 17.10.1980; Bundesarchiv, SAPMO, DY 30/J IV 2 /3A/3549, Bl. 143-165; für den Hinweis auf dieses Dokument danke ich Rüdiger Bergien. Bruttodurchschnittseinkommen pro vollzeitbeschäftigtem Arbeitnehmer: *Statistisches Jahrbuch der DDR 1990*, hg. vom Statistischen Amt der DDR, Berlin 1990, S. 144.

³⁰ Für die DDR-Statistik vgl. André Steiner unter Mitarbeit von Matthias Judt und Thomas Reichel, *Statistische Übersichten zur Sozialpolitik in Deutschland seit 1945 – Band SBZ/DDR*, hg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn 2006.

die Hauptprofiteure der Wohnungsbaupolitik. Sie verfügten über die notwendigen Kontakte und Verhaltensdispositionen, um sich solche Wohnungen zuweisen zu lassen, und sie genossen (trotz hoher Gehälter) die massive Subventionierung der Mietpreise. Insbesondere in den Bezirks- und Hauptstädten sammelte sich hier – so ist zumindest in Umrissen zu erkennen – die opulente sozialistische Dienstklasse der Ministerien und Behörden, an den Standorten der Großindustrieprojekte die Ingenieure und Ökonomen.³² Klassische Ober- bzw. obere Mittelschichtenwohnlagen, also Einfamilien- und Doppelhäuser in erstklassiger Lage und Ausstattung (Seegrundstücke etc.) waren hingegen nicht im breiten Stil vertreten, sondern blieben einer vergleichsweise kleinen Spitzengruppe von Funktionären sowie einigen Künstlern und Wissenschaftlern vorbehalten.³³

Aufschlussreich ist die – durch die künstlerische Sozialfotografie breit dokumentierte – Kehrseite dieser Verteilung. So gehörte es zu den Effekten der Mietpreissubventionen, dass ältere Menschen sich vergleichsweise große Wohnungen leisten konnten, also im Falle des Auszugs oder Versterbens von Familienangehörigen nicht notwendig in eine kleinere Wohnung ziehen mussten. Allerdings war die Qualität dieser Wohnungen nach Ausstattung (Sanitär, Heizung etc.) und Sanierungsgrad häufig auf der untersten Stufe angesiedelt. Viele alte und arme Menschen bevölkerten die baufälligen Altbauviertel, die erst im Falle einer gewissen Sanierung (häufig in Eigeninitiative) über die Aussteiger-Bohème hinaus auch für andere Gruppen wieder interessant wurden.³⁴ Noch eine Stufe schärfer war das soziale Regime im Falle von ausländischen Arbeitsmigranten. Sie wurden als nur zeitweilig präsenste „Fremde“ außerhalb der Gesellschaft behandelt und erhielten karge Heimplätze unter strengen Auflagen zugewiesen. So war es ihr vorrangiges Bemühen, in der gegebenen Zeit möglichst viel für ihre Rückkehr in das Herkunftsland zu erarbeiten.³⁵

Politisch-bürokratisch zugewiesen und damit ungleich verteilt wurden ferner gut bezahlte, attraktive und angesehene Bildungs- und Berufswege für Familienangehörige und Nachkommen: die Erzieherinnenstelle für die Offiziersfrau, die akademische Ausbildung für die Kinder.³⁶ Die dabei zu Tage tretenden Präfe-

³¹ Alice Kahl, *Erlebnis Plattenbau. Eine Langzeitstudie*, Opladen 2003, S. 69-81; Judith Bodnár/József Böröcz, Housing Advantages for the Better-Connected? Institutional Segmentation, Settlement Type and Social Network Effects in Late State-Socialist Housing Inequalities, in: *Social Forces* 76 (1998), S. 1275-1304; Steven Harris, *Communism on Tomorrow Street. Mass-Housing and Everyday Life after Stalin*, Baltimore 2013.

³² Vgl. Philipp Springer, *Verbaute Träume? Herrschaft, Stadtentwicklung und Lebensrealität in der sozialistischen Industriestadt Schwedt*, Berlin 2006, S. 526-558.

³³ Hans-Michael Schulze, *In den Wohnzimmern der Macht. Das Geheimnis des Pankower „Städtchens“*, Berlin 2001; ders., *In den Villen der Agenten. Die Stasi-Prominenz privat*, Berlin 2003.

³⁴ Jürgen Hohmuth/Kathrin Schmidt, *1055 Berlin. Der Prenzlauer Berg 1980–1990*, Berlin 2011; Helga Paris, *Diva in Grau. Häuser und Gesichter in Halle*, Halle 1999.

³⁵ Vgl. Dennis, Asian and African Workers (Anm. 27).

renzen wiesen ein ganz eigenes Profil auf: Einerseits genossen traditionelle bürgerliche Prestigeberufe wie Arzt oder Wissenschaftler hohe Attraktivität. Andererseits schlugen sich das politische Prestige und die gute Dotierung der Machtsicherungsaufgaben zumindest in Teilen der sozialistischen Dienstklasse auch in einer Vorliebe für Armee und Staatssicherheit nieder.³⁷ Eher freigeistige Berufe wie Künstler oder Schriftsteller genossen hingegen in der sozialistischen Oberklasse nur ein mäßiges Ansehen (was gelegentliche Ausbrüche von Funktionärskindern in dieses Milieu nicht ausschloss).³⁸ Die intergenerationale Statusreproduktion erreichte schließlich ein Maß, dass im Falle der DDR sogar stärker war als zeitgleich in der konkurrierenden Bundesrepublik: Als Arbeiterkind hatte man seit den 1970er-Jahren im Westen bessere Chancen auf einen Zugang zu akademischen Berufen.³⁹

Schließlich gehörte zu diesen nicht-monetären Vorteilen die Gewährung von politisch sensiblen Freiheitsrechten: die Verwendung als „Reisekader“ oder Studienaufenthalte der Nachkommen im nichtsozialistischen Ausland, die Zuteilung von Urlaubsreisen in politische „Grenz“-Regionen wie Jugoslawien oder befreundete außereuropäische Staaten, oder der Zugang zu westlicher Literatur und Presse. Hier gab es bei „Geheimnisträgern“ der bewaffneten Organe zwar Grenzen, doch wurden diese durch umso ergiebigere Gratifikationen auf anderen Gebieten kompensiert.

Insgesamt lassen sich die „gewollten“ Normsetzungen der kommunistischen Systeme in einem mehrdimensionalen „intersektionalen“ Raum ordnen: Während die Nähe zu (physischer) Produktionsarbeit, Leitungstätigkeit, technischer Expertise oder Aufgaben der Machtsicherung, männliches Geschlecht, junges und mittleres Alter (unterhalb der Rentengrenze) sowie politische und ethnisch-kulturelle Konformität honoriert wurden, wirkten umgekehrt geringe Erwerbs- und körperliche Leistungsfähigkeit, weibliches Geschlecht, hohes Alter sowie politisch oder ethnisch-kulturell abweichende Eigenschaften der Position innerhalb der staatssozialistischen Sozialhierarchie abträglich. Während in diesem Sinne definierte „Arbeiter“ eine zumindest moderate Privilegierung ge-

³⁶ Heike Solga, „Systemloyalität“ als Bedingung sozialer Mobilität im Staatssozialismus, am Beispiel der DDR, in: *Berliner Journal für Soziologie* 4 (1994), S. 523-542.

³⁷ So hatte 1986 ein Drittel der SED-Politbüromitglieder sowie knapp ein Viertel der ZK-Mitglieder Nachkommen im Dienst der Staatssicherheit untergebracht; vgl. Jens Gieseke, *Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90*, Berlin 2000, S. 422f.

³⁸ Vgl. Helmut Steiner, Berufsprestige im DDR-Alltagsbewußtsein der 60er Jahre, in: Ludwig Elm u.a. (Hg.), *Ansichten zur Geschichte der DDR*, Bd. 8, Berlin 1997, S. 100-123; Ahlberg, *Mythos* (Anm. 17), S. 976. Für die frühere Sowjetunion: Alex Inkeles/Raymond A. Bauer, *The Soviet Citizen. Daily Life in a Totalitarian Society*, Cambridge 1961, S. 77; exemplarisch die Familiengeschichte von Horst Brasch: Marion Brasch, *Ab jetzt ist Ruhe. Roman meiner fabelhaften Familie*, Frankfurt a.M. 2012.

³⁹ Solga, *Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft?* (Anm. 15), S. 210f.

nossen, bildeten sich als eigentliche obere Sozillagen zwei (nach ihren Leitideen zu unterscheidende) Eliten heraus: planwirtschaftliche Leitungskader und technische Experten als Repräsentanten von Produktivität und wissenschaftlich-technischem Fortschritt einerseits, Machtsicherungskräfte als Garanten und „Manager“ der parteistaatlichen Struktur andererseits.

4. Von „Veksláky“, Handwerkern und Außenhändlern – soziale Effekte der Welt- und Schattenwirtschaft

Für ein Gesamtbild der Ungleichheitsverhältnisse in staatssozialistischen Gesellschaften ist es allerdings nicht hinreichend, die „gewollte“ Ordnung zu betrachten. Denn so intensiv der Gestaltungswillen und der Glaube an die zentralistische Steuerung des wirtschaftlichen und sozialen Geschehens war, konnten sich diese Systeme doch der Wirkungsmacht von Marktbeziehungen und den aus ihnen resultierenden sozialen Positionierungen niemals vollständig entziehen. Sozioökonomische Autarkie des „sozialistischen Weltsystems“ gegenüber Einflüssen des Weltmarktes und auch kapitalistischen Ausbeutungsbeziehungen war nicht zu erzielen. Zum einen waren Außenbeziehungen, die sich etwa in Migrationsoptionen oder im Zufluss von konvertierbaren Devisen und begehrten Konsumgütern ausdrückten, phasenweise zurückgedrängt, gewannen aber spätestens seit den 1960er-Jahren wieder massiv an Bedeutung und wurden auch zu einem zentralen Faktor der wirtschaftspolitischen Steuerung.⁴⁰ In der DDR waren in den späten 1980er-Jahren geschätzt drei bis vier Milliarden D-Mark im privaten Umlauf.⁴¹ Zum anderen wirkten auch innerhalb der Binnenökonomien die Mechanismen der „grauen“, zweiten Wirtschaft, und damit entstand faktisch eine zweite Ebene sozialer Positionierungen. Wer knappe Güter und Dienstleistungen für diesen grauen Markt zu bieten hatte oder über eine Einnahmequelle an konvertierbaren Devisen verfügte, hatte damit eigene Chancen für die Akkumulation von Reichtum. Davon profitierte eine höchst heterogene Mischung sozialer Gruppen.

Zunächst sind auch hier Funktionäre, Ökonomen und Kaufleute aus der staatssozialistischen Wirtschaftssphäre zu nennen. Im Außenhandel bildete sich zudem eine marktwirtschaftliche Enklave der Devisenerwirtschaftung heraus.⁴² Die Tätigkeit in dieser Sphäre wurde auch in persönliche Vorteile umgesetzt

⁴⁰ Zur DDR: André Steiner, *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR*, Stuttgart 2004, S. 191-203.

⁴¹ Bodo von Rügen, *Die Rolle der D-Mark in der DDR. Von der Nebenwährung zur Währungsunion*, Baden-Baden 1991, S. 82. Vgl. ferner Jonathan Zatlin, *The Currency of Socialism. Money and Political Culture in East Germany*, Cambridge 2007.

⁴² Matthias Judt, *Der Bereich Kommerzielle Koordinierung. Das DDR-Wirtschaftsimperium des Alexander Schalck-Golodkowski – Mythos und Realität*, Berlin 2013.

(Geldeinnahmen, Zugang zu hochwertigen westlichen Konsumgütern, Urlaubsplätze etc.). Die staatssozialistischen Ökonomien waren so stark auf die Erwirtschaftung von Devisen angewiesen, dass sie mit eigenen Handelsketten und Sonderwährungen die Abschöpfung der Devisenbestände erst legalisierten und dann systematisch vorantrieben (vgl. den Beitrag von Anna Ivanova in diesem Heft). Als Kompensation für Geheimnisträger aus den Machtsicherungsseleiten, die wegen Westkontaktverbot wenig Zugang zu Devisen hatten, wurden eigens Läden eingerichtet, in denen sie gegen Binnenwährung Westwaren einkaufen konnten.

Die kommunistische Oberklasse der Spitzenfunktionäre und ihrer Familien hatte über eigene Vertriebswege unbeschränkten Zugang zu Westwaren sowie einheimischen Erzeugnissen der Exportproduktion. So unterhielten die Politbüromitglieder der SED und ihre Familien (formell im Staatseigentum) umfangreiche Fuhrparke mit geländegängigen Jagdfahrzeugen (Range Rover, Mercedes G-Klasse) sowie Oberklasse-Limousinen, die in westdeutschen Automanufakturen nach individuellen Bedürfnissen umgebaut worden waren. Zudem gab es einen mit hohen Kosten betriebenen, nach persönlichen Wünschen tätigen Belieferungsservice aus West-Berlin für die Familien in der Wandlitzer „gated community“.⁴³

Neben diesem verstärkenden Effekt für die beiden Segmente der „neuen Klasse“ existierten allerdings auch soziopolitisch diffuse und der „gewollten“ Hierarchie direkt gegenläufige Effekte der grauen Waren-, Dienstleistungs- und Devisenwirtschaft. Die greifbarste Gruppe waren Handwerker und Kleingewerbetreibende, die sich die von ihnen erbrachten Produkte und Leistungen in „zweiten Währungen“ vergüten ließen und es damit zu erheblichen Einkommen bringen konnten. Ähnliche Vorteile konnten (je nach Agrarverfassung in unterschiedlichem Maße) auch Betreiber privater Landwirtschaft erzielen. Diese Gruppen galten gesellschaftspolitisch tendenziell als unerwünscht und wurden phasenweise politisch bekämpft, doch aufgrund ihrer vitalen Rolle in Versorgung und Produktion ließ der Druck sukzessiv nach. Zum Teil wurden sie direkt gefördert. Ihre soziale Position blieb gleichwohl ambivalent: Sie konnten ihre mitunter sehr hohen Einkommen in hochwertigen Konsumgütern, Westfahrzeugen sowie Wohnausstattungen oder Wochenendgrundstücken materialisieren, blieben aber beim Zugang zu prestigeträchtigen Bildungs- und Berufswegen oder auch bei Reisemöglichkeiten stark eingeschränkt.

⁴³ Zur DDR: Thomas Grimm, *Das Politbüro privat. Ulbricht, Honecker, Mielke & Co. aus der Sicht ihrer Angestellten*, Berlin 2004; Burghard Ciesla/Helmut Suter, *Jagd und Macht. Die Geschichte des Jagdreviers Schorfheide. Begleitbuch zur Ausstellung „Jagd und Macht“*, Berlin 2011; Norbert F. Pötzl, *Erich Honecker. Eine deutsche Biographie*, Stuttgart 2002, S. 145-148. Vgl. zur Jagd in Ungarn: Györgyi Peteri, Nomenklatura with Smoking Guns. Hunting in Communist Hungary's Party-State Elite, in: David Crowley/Susan E. Reid (Hg.), *Pleasures in Socialism. Leisure and Luxury in the Eastern Bloc*, Evanston 2010, S. 311-343.

Noch stärker im und jenseits des Grenzbereichs zur Kriminalisierung agierte die „Halbwelt“ der professionellen oder halb-professionellen Devisenhändler. Diese „Veksláky“ (wie sie in der ČSSR hießen⁴⁴), aber auch Kellner und Hotelmitarbeiter mit vielen Ausländerkontakten sowie Prostituierte sorgten für die Konvertierbarkeit zwischen westlichen Währungen und Devisengutscheinen (*Vneshposyltorg*-Schecks, *bony*, Forum-Schecks etc.) sowie den anderen „Medien“ (Binnenwährung, bürokratische Zuteilung). Dieses Milieu unterhielt zum Teil Verbindungen bis in die höhere Partei- und Staatshierarchie.⁴⁵ Trotzdem hatten solche Akteure keinen anerkannten sozialen Platz und agierten in einer „Parallelwelt“.

Für eine breit gestreute Präsenz von Devisen und Westwaren sorgten zudem Kontakte zu emigrierten Landsleuten, Verwandten etc. durch Paketsendungen und Reisen. So rechnete die Staatliche Plankommission der DDR schon in den 1970er-Jahren ein, dass der ostdeutsche Kaffeebedarf zu 20 Prozent aus privaten Westpaketen gedeckt werde. Später stiegen diese Anteile für einige Produkte auf mehr als 50 Prozent.⁴⁶ Kleine Vorteile konnten sich hier auch ausländische Arbeitskräfte verschaffen, die günstigere Reisemöglichkeiten hatten. Für Länder wie Polen oder Ungarn, wo auch jüngere Menschen im großen Stil als zeitweilige Arbeitsmigranten nach Westeuropa gehen konnten, galt dies ohnehin.

Bei der kleinen Gruppe der international erfolgreichen Schriftsteller, Musiker und Sportler, zum Teil auch Wissenschaftler, erreichten zudem Auslandseinkommen individuell relevante Größenordnungen. Die Angehörigen solcher Gruppen waren insofern in einer komfortablen Situation, als sie (sofern sie sich politisch loyal zeigten) die kommunistischen Regime im Ausland als kulturvoll und leistungsfähig zierten; sie unterlagen auch weniger dem Konformitätsdruck in der sozialen Selbstdarstellung.⁴⁷ Darüber hinaus vermochten sie es, ihre Position durch entsprechende Bildungs- und Berufszugänge zu vererben und ihren Familien und Nachkommen ein hohes Maß an Freiheitsrechten zu garantieren, insbesondere in Hinblick auf Reisen.

⁴⁴ Vgl. den Film „Bony a klid“ von Radek John und Vit Olmer, ČSSR 1987; eine russische Komplettfassung ist online verfügbar: <<http://www.youtube.com/watch?v=7VnKbbCvPX4>>. Vgl. Paulina Bren, Tuzex and the Hustler. Living It Up in Czechoslovakia, in: dies./Mary Neuburger (Hg.), *Communism Unwrapped. Consumption in Cold War Eastern Europe*, Oxford 2012, S. 27-48.

⁴⁵ Vgl. den MfS-Lehrfilm „Wer ist wer?“, 28 Min., VHS 1987; BStU, ZA, HA II, Vi, Nr. 119, der auf dem Fall einer Ost-Berliner Krankenschwester beruhte, die systematisch Kontakt zu westdeutschen Geschäftsleuten bzw. ostdeutschen Funktionären mit entsprechenden Verbindungen suchte und sich von ihnen in großem Umfang mit Westwaren und Devisen versorgen ließ. Sie wurde vom MfS als Informantin angeworben und später nach einer gescheiterten Schleusung inhaftiert. In den 1990er-Jahren machte sie eine erfolgreiche Karriere in West-Berlin. Vgl. Uwe Müller, Das Stasi-Geheimnis der Hotelchefin Uta Felgner, 22.11.2009, URL: <<http://investigativ.welt.de/2009/11/22/das-stasi-geheimnis-der-hotelchefin-uta-felgner/>>.

⁴⁶ Christian Härtel/Petra Kabus (Hg.), *Das Westpaket. Geschenksendung, keine Handelsware*, Berlin 2000.

⁴⁷ Die Handvoll Mercedesse und Volvos, die es im ostdeutschen Straßenbild gab, gehörten fast durchweg Angehörigen der „künstlerischen Intelligenz“.

Paradoxerweise strahlte dieser Sonderstatus selbst auf einige Repräsentanten der politischen Opposition und literarischen Dissidenz aus, die ständig mit einem Bein im Gefängnis standen. Obgleich sie aus geordneten Arbeitsverhältnissen herausgedrängt wurden und sich als Hilfsarbeiter, Heizer oder Friedhofsgärtner verdingen mussten, verfügten sie über Deviseneinnahmen aus Honoraren und Tantiemen. Dieser Zugang war immer als „Devisenvergehen“ kriminalisierbar, verschaffte ihnen aber gewisse Spielräume, so dass sie sogar inhaftierte Gesinnungsgenossen mit Waren aus Devisenläden beliefern lassen konnten (so Anna Ivanova in diesem Heft).

Im Realtypus staatssozialistischer Gesellschaften standen die Handlungsdynamiken dieser dritten Verteilungshierarchie also für die Grenzen der Steuerbarkeit sozialer Stratifikation und damit des utopischen Projektes, das die Kommunistischen Parteien zu verkörpern behaupteten. In der „intersektionalen“ Stratifikation privilegierten sie einige „an sich“ marginalisierte Gruppen zumindest materiell (ohne dass damit die Regeln für Statusvererbung, Bildungszugang usw. außer Kraft gesetzt worden wären). Sie verstärkten und „verwestlichten“ zugleich in einem fein abgestuften System die Vorteilsstrukturen der kommunistischen Ober- und Dienstklasse, während die „Arbeiteraristokratie“ als dritte Gruppe daraus nur mäßige bis gar keine Vorteile ziehen konnte. Es ist fraglos notwendig, das Ausmaß und die Effekte dieser Akkumulation näher zu quantifizieren. Insgesamt zeichnet sich jedoch ab, dass mit Ausnahme der persönlichen Verfügungsmacht über ökonomisches Kapital als Form der Vermögensbildung die Verteilung sozialer Vor- und Nachteile umso ausgeprägter hervortritt, je genauer man dies untersucht.

5. Versteckter Reichtum, versteckte Armut – Inszenierungen und subkutane Diskurse über Gleichheit und Ungleichheit

Die Rede von der „nach unten nivellierten Gesellschaft“ ist mit den genannten Befunden nicht obsolet geworden. Ihre eigentliche Bedeutung liegt jedoch nicht in ihrer materiellen Realität, sondern in ihrer Rolle als sozialmoralischer Referenzrahmen für Lebensstile und Repräsentationen, der in der Gesellschaft präsent war und kontrovers verhandelt wurde. Gegenüber dem breiten Spektrum habitueller Differenzierung in bürgerlichen oder ständischen Gesellschaften war der „Korridor“ akzeptierter Lebensstile im Staatssozialismus von einem arbeiterlichen „Mainstream“ eingegrenzt.



Eine höhere Klasse: ein sowjetischer „Tschaika“ neben „Trabis“, vor dem damals neu eröffneten Interhotel „Stadt Berlin“ am Alexanderplatz, 1970. (Bundesarchiv, Bild 183-J1113-0302-001, Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst – Zentralbild, Foto: Horst Sturm)

Geradezu paradigmatisch bildete sich die soziale Selbstdarstellung bei der Ausstattung mit Fahrzeugen ab: Mit dem verschleißbedingten Verschwinden vorsozialistischer Modelle verbreiteten sich die einfachen Kleinwagen der Massenproduktion (Trabant, Polski Fiat, Skoda, Moskwitsch usw.), ergänzt durch eine leicht oberhalb dieser Grundversorgung angesiedelte Modellfamilie (Wartburg, Lada, Wolga etc.). In diesem Spektrum bestanden die Ausdrucksmöglichkeiten der Differenzierung allenfalls in der Frage, welches Alter das Fahrzeug hatte und mit welchen Ausstattungen (Lackierungen, Anbauteile usw.) man es versah. Gehobene Mittel- bis Oberklassefahrzeuge gab es bis in die 1960er-Jahre aus einheimischer Produktion nur als Sonderanfertigung für höhere Funktionäre (Tschaika, ZIL, Tatra), aus dem westlichen Sortiment lediglich in kleiner Stückzahl.⁴⁸ In einigen Ländern wie Polen und Ungarn waren die Einfuhrmöglichkeiten offener, doch änderte dies die Situation nur graduell. Umso markanter war die Distinktionswirkung der wenigen herausstechenden Fahrzeuge: Bei den „Staatskarossen“ verband sich damit ohnehin ein Sonderstatus, der offiziell mit Sicherheitsgründen und internationalen Repräsentationserfordernissen legitimiert wurde, während „zivile“ Westfahrzeuge meist den oben bezeichneten Gruppen von Künstlern, Handwerkern oder Außenrepräsentanten (wie etwa

⁴⁸ Vgl. Lewis H. Siegelbaum, *Cars for Comrades. The Life of the Soviet Automobile*, Ithaca 2008.

dem DDR-Unterhändler Wolfgang Vogel) vorbehalten waren.⁴⁹ Solche Nivellierungsmuster (mit entsprechend stärker distinguierenden Ausnahmen) sind auch bei den Fragen des „guten Geschmacks“ in Hinblick auf Kleidung, Kunst, Ernährung und Getränke zu erkennen. Feinschmeckerrestaurants der Luxusklasse gab es praktisch gar nicht, gehobene Gastronomie mit „bürgerlichem“ Ambiente und den zugehörigen Umgangsformen des Personals nur als Ausnahme. Ansonsten gab das Rustikal-Nährhafte den „guten Geschmack“ vor.⁵⁰

In der inszenierten Öffentlichkeit standen die Werte des Leistungsegalitarismus im Mittelpunkt. Repräsentative Bildbände konzentrierten sich insbesondere seit den 1970er-Jahren auf den oben skizzierten Idealtypus der Facharbeiterjungfamilie, die das Leben in einer frisch bezogenen Plattenbauwohnung genoss, garniert mit Bildern eines einfach-harmonischen Freizeitgenusses in der Natur oder gehobenen Kultureinrichtungen. Spitzenfunktionäre und Angehörige der sozialistischen Dienstklasse tauchten in diesen Bildern als volksnah, bescheiden und fürsorglich auf. Techniker, Wissenschaftler und Soldaten, die in modernen Plattenbaumiethäusern in bescheidenem Wohlstand lebten und am Arbeitsplatz ihr Bestes gaben, rundeten dieses Gesellschaftsbild ab. Die Problemgruppen der staatssozialistischen Intersektionalität tauchten, wenn überhaupt, nur in festen Rollen auf: rüstige Rentner im „Feierabendheim“, im Arbeitskollektiv gut eingebundene politische Emigranten aus afrikanischen oder asiatischen Staaten etc.⁵¹

Die Nutznießer der Ungleichheit standen folglich unter dem Druck, ihre Vorteile zu verstecken. Gehobene Wohnverhältnisse jenseits der standardisierten Neubauwohnung, die opulenten Freizeit- und Jagdanwesen, Fahrzeuge, Konsumgüter (z.B. teure Lebensmittel, Südfrüchte etc.) wurden in der massenmedialen Präsentation sorgsam versteckt und zum Teil direkt abgeschirmt. Besonders galt dies für die Repräsentanten des egalitaristisch auftretenden Partei-regimes und der sie umgebenden Familien. Für sie war es ganz wichtig, bescheiden und volksnah aufzutreten und den eigenen „arbeiterlichen“ Ge-

⁴⁹ Für die DDR aufschlussreich ist die Filmkomödie „Einfach Blumen aufs Dach“, die von dem Erwerb einer Tschaika-Staatskarosse durch eine kinderreiche Arbeiterfamilie handelt, gedreht zur Zeit der ersten größeren Westimporte Ende der 1970er-Jahre. Die Distinktionswirkung der Staatskarosse wird von der Arbeiterfamilie teils mit Stolz, teils als peinlich wahrgenommen. Der Widerspruch zwischen Notwendigkeit und unbeabsichtigter Distinktion wird schließlich durch eine nicht-bonzenhafte Lackierung gelöst (mit „Blumen auf dem Dach“). Zugleich formulieren die Filmemacher im Abspann ein Plädoyer für eine vielfältigere und westlich-modernere Modellpalette. Regie: Roland Oehme, Buch: Rudi Strahl, DEFA 1979, Erstaufführung 1979, im DDR-Fernsehen 1984. Für einen Ausschnitt siehe <<http://www.youtube.com/watch?v=GRy6QtbfbII>>.

⁵⁰ Jutta Voigt, *Der Geschmack des Ostens. Vom Essen, Trinken und Leben in der DDR*, Berlin 2005.

⁵¹ Vgl. die Bildsprache in Repräsentationsbänden der 1970er-Jahre: *Deutsche Demokratische Republik*, Leipzig 1972; *Jugend einer neuen Welt*, Dresden 1972; Otto Reinhold (Leiter des Autorenkollektivs), *Mit dem Sozialismus gewachsen. „25 Jahre DDR“*; hg. vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1974.

schmack zu kultivieren – oder zumindest diesen Anschein zu erwecken. Der Stellenwert dieses Versteckspiels bestätigte sich nach dem „Sturm auf Wandlitz“ im November 1989, als die DDR-Staatsanwaltschaft gegen die SED-Spitzenfunktionäre als Erstes nicht etwa wegen Repression und Schießbefehl an der Grenze ermittelte, sondern wegen „Amtsmissbrauch und Korruption“ (sowie in spätstalinistischer Tradition wegen „Hochverrats“ an der Sache des sozialistischen Staates).⁵² In dem fein abgestuften System von Anrechten ergab sich auch Spielraum für Legitimitätsgewinn, wie etwa im Fall des „reformerisch“-asketischen SED-Bezirkschefs von Dresden, Hans Modrow, der sich als Mieter einer Plattenbauwohnung demonstrativ in den staatssozialistischen Mainstream der Klassenkombination von jungen Facharbeiterfamilien und Dienstklasse stellte.⁵³ Auch denjenigen Funktionären, die diesen Weg wählten, stand allerdings eine Fülle von Sonderausstattungen (Sauna, Vollkachelung, Westtechnik in Küche und Bad etc.) zur Auswahl, wie im Fall des Spionagechefs Markus Wolf.⁵⁴ Für Künstler, Handwerker usw. galt dies in geringerem Maße, da sie es sich am ehesten „erlauben“ konnten, ihren Wohlstand auch sichtbar zu machen.

Armut sollte in diesen inszenierten Bildern ebenfalls nicht kenntlich werden. Das war weitaus schwieriger, weil die Altbauviertel und anderen maroden Wohngebieten und deren Bewohner nicht zu übersehen waren. Sie wurden zu klassischen Motiven der künstlerischen Sozialfotografie seit Mitte der 1970er-Jahre (während etwa die Verhältnisse in Wohnheimen von Arbeitsmigranten kaum fotografiert wurden).

Auch in der „arbeiterlichen“ Repräsentationslandschaft gewann die Gegenwart kapitalistischer Waren- und Markensymbole ihren Platz. Während sehr teure Luxusgüter zum Selbstzweck (Juwelen, Edeluhren, Spitzenweine) keine Rolle spielten, entwickelten Markenprodukte und alle mit ihren Logos versehenen Gegenstände (Verpackungen, Plastiktüten etc.) eine wirkungsvolle Alltagspräsenz.⁵⁵ Zudem bildete sich auf der Basis des Warenangebots aus dem eigenen Lager auch hier ein Segment von symbolisch als präventiv bewerteten Gütern – etwa armenischer Cognac, russischer Sekt, Kaviar oder Pelze.⁵⁶

Es ist angebracht, „Arbeiterlichkeit“ als spezifischen Modus der politisch-sozialen Inszenierung und auch als Konsensangebot zu analysieren, mit dem

⁵² Klaus Marxen/Gerhard Werle, unter Mitarbeit von Willi Fahnenschidt und Petra Schäfer (Hg.), *Strafjustiz und DDR-Unrecht. Dokumentation, Bd. 3: Amtsmissbrauch und Korruption*, Berlin 2002; Pötzl, *Honecker* (Anm. 43), S. 334f.

⁵³ Vgl. Kann auch anders, in: *Spiegel*, 2.10.1989, S. 27.

⁵⁴ Vgl. zur Wohnung des Geheimdienstchefs Markus Wolf im Ost-Berliner Nikolaiviertel: Talk im Turm I, in: *Spiegel*, 15.10.1990, S. 149-152.

⁵⁵ Rainer Gries, *Produkte als Medien. Kulturgeschichte der Produktkommunikation in der Bundesrepublik und der DDR*, Leipzig 2003.

⁵⁶ Vgl. Jukka Gronow/Sergei Zhuravlev, *Soviet Luxuries from Champagne to Private Cars*, in: Crowley/Reid, *Pleasures in Socialism* (Anm. 43), S. 121-146.

die Nähe zwischen den drei oben skizzierten Kernschichten der staatssozialistischen Sozialhierarchie zueinander betont werden sollte (und zugleich die Abgrenzung von Gruppen außerhalb dieses Konsenses). Sie war insofern teils Camouflage für die real existierenden Sozialhierarchien, teils Ausdruck von wirksamen Geschmacks- und Wertorientierungen.

Was lässt sich – jenseits der inszenierten Öffentlichkeit – über die Haltungen und Diskurse in den staatssozialistischen Gesellschaften selbst sagen? Zunächst ist festzuhalten, dass die Bevölkerung ein breites informelles „Wissen“ über Fragen unterschiedlicher sozialer Lagen kultivierte. Anders als unmittelbar politisch sensible Themen (wie etwa die Legitimität des Herrschaftsmonopols der Partei) gehörten Fragen von materieller und sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit zu den relativ offen artikulierbaren Themenfeldern. Versorgungsengpässe, die Wirkungsmacht von „Beziehungen“ und „Privilegien“ sowie die Ansprüche der „Werk tätigen“ aus der programmatischen Egalität gehörten regelmäßig zu den Topthemen von Eingaben, Straßen- und Kantinegesprächen und konnten zudem in satirischen Verarbeitungen, zum Teil auch in Fernseh- und Kinostoffen angesprochen oder zumindest angedeutet werden. Lohnfragen, Preise und Versorgungsprobleme konnten bei einer ungeschickten Behandlung durch die Partei- und Wirtschaftsführung zu brisanten Konfrontationen führen – wie im Fall der polnischen Unruhen 1970/71. In den geheimen Auswertungen von Bevölkerungsstimmungen durch Partei-, Gewerkschafts- und Geheimdienstberichte und sozialwissenschaftliche Analysen hatten solche Themen deshalb ihren festen Platz (vgl. die Beiträge von Klaus Bachmann, Corinna Kuhr-Korolev und Klaus Gestwa in diesem Heft).⁵⁷

Breitere Bevölkerungskreise waren für die sozialistische Programmatik des „Leistungsegalitarismus“ durchaus ansprechbar (während der ideologische „Überbau“ des Marxismus-Leninismus deutlich weniger Resonanz fand). Es gab eine grundsätzliche Bereitschaft, die Präferenzen des sozialistischen Systems für produktive Erwerbsarbeit anzuerkennen. (Dies galt wohl nicht in gleichem Maße für die Tätigkeitsfelder der Machtsicherungseliten, vielleicht mit Ausnahme der Armee.) Daraus resultierte nicht nur eine relativ starke Aushandlungsposition der legitimatorisch wichtigen „Arbeiter“ (im oben definierten Sinn), sondern auch ein empfindliches Sensorium für alle drei Varianten der Ungleichheitseffekte. Daraus formte sich der für die staatssozialistischen Systeme so charakteristische „Privilegien“-Diskurs, der die „Versteck“-Strategien skandalisierte und zugleich ein geradezu fatalistisches „Klassen“-Bild kultivierte. Der Volkszorn konnte dabei die kritische Intelligenz ebenso treffen wie die Funktionäre.

⁵⁷ Siehe auch Mark Allinson, 1977, *The Most Normal Year of the GDR?*, in: Mary Fulbrook/Alf Lüdtkke (Hg.), *Power and Society in the GDR, 1961–79*, New York 2009, S. 253–275; Jens Gieseke, *Bevölkerungsstimmungen in der geschlossenen Gesellschaft. MFS-Berichte an die DDR-Führung in den 1960er- und 1970er-Jahren*, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 5 (2008), S. 236–257.

So pragmatisch offen breitere Bevölkerungskreise gegenüber diesen Systemangeboten waren, so zugänglich waren sie allerdings auch für die Attraktionen der westlichen Seite in der Systemkonkurrenz (soweit diese, wie in der DDR oder den anderen zentraleuropäischen Staaten, durch persönliche oder mediale Anschauung präsent waren). Dies galt für das Konsumgüterangebot und darüber hinaus für die Anerkennung leistungsbasierter Lebenschancen sowie damit verbundener Ungleichheit in kapitalistischen Gesellschaften (vgl. den Beitrag von Klaus Bachmann in diesem Heft).

Ebenso ambivalent wie pragmatisch war das Verhältnis zu den informellen „grauen“ Verteilungsmechanismen. Einerseits hatten sie als potentiell illegitimes Feld von Geschäftemacherei und Vorteilsnahme ein ausgesprochen negatives Image (und die Partei konnte durch die demonstrative Aburteilung auch hochrangiger Delinquenten davon profitieren). Die „Volksmeinung“ betrachtete dabei „Bonzen“ der Partei-, Staats- und Wirtschaftsbürokratie wie auch Schwarzhändler und Handwerker als gleichermaßen suspekt. Als individuelles wie kollektives „Schmiermittel“ wurden „graue“ Geschäfte jedoch ganz überwiegend für das persönliche Handlungsrepertoire keineswegs abgelehnt, sondern als eine Art kollektiver Notwehr durchaus akzeptiert, nach der Devise: „Die Wirkungsmacht von Beziehungen ist zu verurteilen, außer man hat selbst welche.“ Auf einigen Feldern genoss der skizzierte sozialmoralische Referenzrahmen ein hohes Maß an Legitimität. So waren insbesondere soziale Nachteile aufgrund von kulturellen Differenzen, etwa für Arbeitsmigranten oder unangepasste Jugendliche, in breiten Bevölkerungskreisen akzeptiert.⁵⁸

6. Später Staatssozialismus als Vorgeschichte des Postkommunismus

Die Differenzierung sozialer Gruppen lässt sich schließlich noch aus einem anderen Blickwinkel betrachten: ihrer Rolle als Träger, Bremser, Profiteure oder Ausgelieferte im Systemumbruch von 1989/91 und der mit ihm einhergehenden sozialökonomischen Transformation. Die hier verfolgte These lautet, dass es einen engen Zusammenhang zwischen den Dynamiken sozialer Differenzierung im späten Staatssozialismus vor 1989/91 und der „Verungleichung“ danach gab. Hier erwies sich, dass die sozialistischen Systeme zwar durchaus Ungleichheit generierten, aber letztlich keinen produktiven Umgang mit ihr entwickelten.

Gesamtgesellschaftlich wirksam war, dass die sozialistische Dienstklasse seit den 1960er-Jahren die Aufstiegskanäle schloss und dass sich damit die soziale Schichtung verfestigte. Dieser Prozess senkte mittelfristig die Systemloyalität –

⁵⁸ Jan C. Behrends/Thomas Lindenberger/Patrice Poutrus (Hg.), *Fremde und Fremdsein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland*, Berlin 2003.

und zwar sowohl in den unteren wie in den oberen sozialen Lagen: Den einen erschienen die fehlenden Aufstiegschancen unabänderlich (oder der Aufstieg gar nicht mehr erstrebenswert), den anderen ihre daraus resultierende Privilegierung selbstverständlich (und nicht mehr als erkämpfte Errungenschaft). Im Gegenzug gewann das westliche Modell an Attraktivität im Hinblick auf materielle wie immaterielle Lebenschancen. Seit den 1970er-Jahren diversifizierten sich die Lebensstile und Selbstinszenierungen als Distinktionsmarker – auch die staatssozialistischen Gesellschaften entwickelten ein breiteres Spektrum von „feinen Unterschieden“ in Haartracht, Kleidung oder Ausgestaltung des Wohnraums (vgl. das Coverfoto dieses Hefts und den Beitrag von Agneta Jilek).⁵⁹ Es muss hier offen bleiben, ob diese „Sichtbarwerdung“ von unterscheidbaren sozialen Milieus bedeutet, dass es sie zuvor nicht gegeben hat, oder ob sie unter dem Deckmantel der uniformen Optik verborgen gewesen sind.⁶⁰ In jedem Falle war aber die veränderte Selbstpräsentation ein Akt öffentlicher Dynamisierung.⁶¹ Ohne an dieser Stelle das Panorama einer Sozialgeschichte der „Wende“ zeichnen zu können, sollen einige Gruppen aus dieser Milieulandschaft exemplarisch betrachtet werden.

Für die Sowjetunion stellt sich die Frage nach den Erfindern und Trägern der Perestrojka als klassischer Reform von oben. Hierbei handelte es sich um Parteifunktionäre, die gemeinsam mit Vertretern der sozialwissenschaftlich-ökonomischen Parteintelligenz eine Stagnationskrise diagnostizierten und sich gegenüber den Repräsentanten der hergebrachten Ordnung durchsetzen konnten. Ihre sozialen Interessen, Gesellschaftsbilder und – sozioökonomisch eher tentativen – Konzepte sind einer genaueren Untersuchung wert, doch auf die Gestaltung der zukünftigen Verhältnisse hatten sie nur insofern Einfluss, als sie den Rückbau der Parteidiktatur ermöglichten und damit das Feld für andere Akteure öffneten.⁶²

⁵⁹ Außerdem Michael Vester, Milieuwandel und regionaler Strukturwandel in Ostdeutschland, in: ders./Michael Hofmann/Irene Zierke (Hg.), *Soziale Milieus in Ostdeutschland. Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung*, Köln 1995, S. 7-51, hier S. 15; Anna Paretskaya, A Middle Class without Capitalism? Socialist Ideology and Post-Collectivist Discourse in the Late-Soviet Era, in: Neringa Klumbyte/Gulnaz Sharafutdinova (Hg.), *Soviet Society in the Era of Late Socialism, 1964–1985*, Lanham 2013, S. 43-66.

⁶⁰ Etwa im Sinne eines fortbestehenden protestantisch-bildungsbürgerlichen Milieus; vgl. Christoph Kleßmann, Zur Sozialgeschichte des protestantischen Milieus in der DDR, in: *Geschichte und Gesellschaft* 19 (1993), S. 29-53; oder des katholischen Bürgertums in Polen: Włodzimierz Borodziej, *Geschichte Polens im 20. Jahrhundert*, München 2010, S. 332, S. 336f.

⁶¹ Vgl. etwa Dorothea Melis, Sibylle. *Modedefotografie in der DDR*, Berlin 1998.

⁶² Zur „Stagnationskrise“ als Konstruktion vgl. Jörg Baberowski, Kritik als Krise oder warum die Sowjetunion trotzdem unterging, in: Thomas Mergel (Hg.), *Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen*, Frankfurt a.M. 2012, S. 177-198; zu den Trägern vgl. David Priestland, *Weltgeschichte des Kommunismus*, München 2009, S. 614-617; zeitgenössisch: Tatjana Saslawskaja, *Die Gorbatschow-Strategie. Wirtschafts- und Sozialpolitik in der UdSSR*, Wien 1989.



Demonstration auf dem Alexanderplatz, 4. November 1989: „Privilegien“ galten nun als illegitim; sie standen stellvertretend für eine soziale und politische Abschottung der Staats- und Parteispitze. Diese Stoßrichtung war in der DDR allerdings eine eher kurze Phase, bevor die Forderung nach Einführung der D-Mark ins Zentrum rückte.

(Foto: © Daniel Biskup, <<http://www.danielbiskup.de>>)

Solche innerparteilichen Kräfte gab es auch in anderen Ländern des Ostblocks, wo sie jedoch überwiegend (mit Ausnahme von Ungarn und Polen) blockiert waren durch die konservative Haltung der politischen Führungen.⁶³ Es ist allerdings bemerkenswert, dass selbst in der Parteisoziologie der DDR seit den frühen 1980er-Jahren eine Strömung aufkam, die – im Rahmen des hergebrachten Systems – für eine stärkere Spreizung der Gehaltsspektren eintrat, um den Interessen der technisch-ökonomischen Eliten entgegenzukommen.⁶⁴

Hinsichtlich der Akteure von unten in den „friedlichen Revolutionen“ Ostmitteleuropas standen die Gruppen aus Dissidenten und Bürgerrechtlern im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, also die im engeren Sinne politische Opposition. Sie gelten als Repräsentanten für „zivilgesellschaftliche“ Strukturen.

⁶³ Vgl. Stephen Kotkin, *Uncivil Society. 1989 and the Implosion of the Communist Establishment*, New York 2009.

⁶⁴ Vgl. exemplarisch das für ein westdeutsches Publikum aufbereitete Statement von Manfred Löttsch, Sozialstruktur der DDR – Kontinuität und Wandel, in: Heinz Timmermann (Hg.), *Sozialstruktur und sozialer Wandel in der DDR*, Saarbrücken 1988, S. 13-26.

Diese Dissidenz konnte nur in Polen auf eine Massenbasis aufbauen und war ansonsten ausgesprochen klein. Dahinter stand allerdings auch in den anderen zentraleuropäischen Ländern eine breitere, überwiegend jugendliche Sub- und Antikultur, die zwar nicht dezidiert politisch war, aber eine Mischung aus Indifferenz und Systemdistanz kultivierte.⁶⁵ Die Gesellschaftsbilder und sozialen Ordnungsvorstellungen von Opposition und halb-politischer Subkultur waren tendenziell „postmateriell“ orientiert. Fragen sozialer Hierarchisierung standen deshalb auf der Agenda von Demokratie und Menschenrechten nicht an oberster Stelle (und auch nicht der in der Bevölkerung gepflegte „Privilegien“-Diskurs). Sofern sie sozioökonomische Vorstellungen formulierten, folgten diese Gruppen eher den Dritter-Weg-Konzepten einer „mixed economy“, die nicht-private Eigentumsverhältnisse in den „Schlüsselindustrien“ mit Marktelementen in der konsumnahen Wirtschaft kombinieren wollte.⁶⁶ Solche „Best-of-both-worlds“-Vorstellungen spielten seit den 1950er-Jahren eine relativ große Rolle (siehe den Beitrag von Klaus Bachmann in diesem Heft).⁶⁷ Dass sie sich angesichts von Verschuldung und Modernisierungsrückstand als illusorisch erwiesen und einem neoliberalen Schub weichen mussten, steht auf einem anderen Blatt. Es gab jedenfalls weder in der osteuropäischen zivilgesellschaftlichen Dissidenz noch in der parteinahen Reformintelligenz dezidierte Fürsprecher der „alternativlosen“ Radikalprivatisierung. Sie wurden von der Wucht der De-Industrialisierung überrollt und öffneten den Raum für Akteure aus dem Westen – und für diejenigen Milieus, die aus den hergebrachten Verhältnissen über das entsprechende soziale und kulturelle Kapital verfügten.

In den schon früh „postklassischen“ Systemen Ungarn und Polen waren dies – in „kleiner Münze“ – die privaten Gewerbetreibenden (sowie die oben erwähnten Bauern, Handwerker, Gastronomen etc.), doch sie waren für die industriellen Großstrukturen zweitrangig.⁶⁸ Als „kritische Masse“ erwiesen sich vielmehr überall junge, meist männliche Ingenieure und Ökonomen, die von den hohen Positionen ihrer Eltern in der soziopolitischen Struktur des „entwickelten“ Staatssozialismus durch erstklassige Ausbildung und gute Startpositionen profitiert hatten. Sie waren bis 1989 politisch konform und eingebunden in Partei, Jugendverband und militärische Reservestrukturen. Aber sie hatten –

⁶⁵ Vgl. Padraic Kenney, *A Carnival of Revolution. Central Europe 1989*, Princeton 2002; für die Sowjetunion: Yurchak, *Everything was forever* (Anm. 12).

⁶⁶ Martin Sabrow, Der vergessene „Dritte Weg“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 60 (2010) H. 11, S. 6-13; Christof Geisel, *Auf der Suche nach einem Dritten Weg. Das politische Selbstverständnis der DDR-Opposition in den achtziger Jahren*, Berlin 2005.

⁶⁷ Außerdem Donna Bahry, Society Transformed? Rethinking the Social Roots of Perestroika, in: *Slavic Review* 52 (1993), S. 512-554.

⁶⁸ Zum Begriff des „postklassischen“ Systems vgl. Kornai, *The Socialist System* (Anm. 14), S. 383-580; zu Ungarn: Arpád von Klimó, *Ungarn seit 1945*, Göttingen 2006, S. 383-580; zu Polen: Kazimierz Poznanski, *Poland's Protracted Transition. Institutional Change and Economic Growth, 1970-1994*, Cambridge 1997.

und das war der entscheidende Faktor in der Konfrontation des Jahres 1989 – im Kontrast zu ihren Eltern- und Großelternhäuser nicht hinreichend Anlass, sich für die Fortexistenz des klassischen Staatssozialismus oder sogar eine gewaltsame Machtsicherung zu engagieren. Sie sahen ihre Lebenschancen in einem – wie diffus auch immer gedachten – gewandelten politischen und sozio-ökonomischen Rahmen als günstiger an.⁶⁹

Um dies an der Spitze des Eisbergs zu illustrieren: Die 116 Milliardäre (von 1.426 Milliardären weltweit) aus dem postsowjetischen Raum, die die Forbes-Liste der reichsten Menschen der Welt 2013 notiert, zeigen ein hohes Maß an Homogenität. Sie sind (mit einer Ausnahme) Männer, heute im Alter zwischen Mitte vierzig und Mitte sechzig, und haben die Grundlagen ihrer Vermögen im Zuge der Privatisierung des Staatseigentums geschaffen. Sie waren in späten Sowjetzeiten in der Ausbildung oder am Beginn ihrer Berufskarriere und haben in der Regel einen Hochschulabschluss in Ingenieur- und Technikwissenschaften, die jüngeren wahlweise auch in Wirtschaft oder Recht. Bevorzugte Ausgangspunkte waren die Branchen Metall und Energie.⁷⁰

In den anderen postkommunistischen Staaten Europas ist es zu solchen extremen „oligarchischen“ Akkumulationen nicht gekommen (jedenfalls nicht in der Hand von Einheimischen), wenngleich sich auch dort tatkräftige Akteure Vermögen schufen. Die im Kontrast zur UdSSR bzw. zu Russland stärkere Rolle der zivilgesellschaftlichen Kräfte und ihrer Agenda (Elitenaustausch, politisch-moralische „Reinigung“ etc.) sorgte dort für andere Bedingungen. Gerade das Feld der Wirtschaft abseits der Öffentlichkeit bot jedoch überall günstige Bedingungen für ein hohes Maß an Elitenkontinuität in diesem sozialen Milieu, gegebenenfalls auch durch das Ausweichen in das internationale (bzw. im DDR-Fall: westdeutsche) Feld.⁷¹

Wie unterschiedlich die Konstellationen zwischen diesen sozialen Akteursgruppen sein können, zeigt der Seitenblick nach China (im vorliegenden Heft durch den Beitrag von Björn Alpermann vertreten). Dort setzte die Kommunistische Partei den ökonomischen Modernisierungsdruck mangels eines hinreichend starken zivilgesellschaftlich-demokratischen Milieus (bzw. durch

⁶⁹ Vgl. zur differenzierteren Analyse der russischen Selbstständigen: Tatjana I. Saslawskaja, Die Business-Schicht der russischen Gesellschaft, in: Helmut Steiner/Wladimir A. Jadow (Hg.), *Rußland – wohin? Rußland aus der Sicht russischer Soziologen*, Berlin 1999, S. 127-152.

⁷⁰ Russland und andere postsowjetische Staaten zusammen 116, davon 1 Frau; China 100, davon 7 Frauen, die anderen postkommunistischen Staaten (Polen, Tschechien, Rumänien) zusammen 9, davon keine Frau. An der Spitze stehen die USA mit 442 Milliardären. Deutschland hat 58, davon kein Ostdeutscher und 11 Frauen. Forbes: The World's Billionaires, Stand März 2013, geschätztes Vermögen in US-Dollar, URL: <http://www.forbes.com/billionaires/list/#page:1_sort:0_direction:asc_search:_filter:All%20industries_filter:All%20countries_filter:All%20states>.

⁷¹ Dies zeigt die gelegentliche „Entdeckung“ ehemaliger Angehöriger der ostdeutschen Machtsicherungseliten in russisch-internationalen Konzernen; vgl. zum Beispiel: <<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/sohn-des-ddr-spions-markus-wolf-diskrete-geschaefte-am-affenfelsen-1.1646186-2>>.

harte Unterdrückung) in der radikalsten Kombination um: kapitalistische Akkumulation und entsprechende Handlungsspielräume der Mittel- und Oberschicht sowie ein krasses System von rechtlich unterschiedlich gestellten Bevölkerungsgruppen unter den Bedingungen der ungebrochenen politischen Verfassung einer Einparteiendiktatur, die als „kommunistisch“ zu bezeichnen nur noch eine historische Reminiszenz ist.

Die Rolle der Schichten am unteren Ende der intersektionalen Sozialhierarchie des Staatssozialismus in den Revolutionen von 1989 und die Frage, wer von steigenden Einkommen und sich verbessernden Lebensstandards profitierte, kann hier nicht ausführlich beleuchtet werden. Unschwer sichtbar ist allerdings, dass die De-Industrialisierung des osteuropäischen „rust belts“ und die Umstrukturierung der sozialen Sicherungssysteme materiell bestenfalls moderate Verbesserungen brachte, häufig aber auch eine massive Verschärfung für prekäre Bevölkerungsgruppen (vgl. den Beitrag von Dieter Segert in diesem Heft). Der Zugewinn an persönlicher Freiheit und Lebenschancen, den zu erreichen das Ziel der Selbstmobilisierung in den späten 1980er-Jahren war, ist in der Folge wiederum extrem ungleich verteilt.

7. Ausblick

Wie diese Skizze zu umreißen versucht hat und die Beiträge dieses Themenheftes exemplarisch zeigen, bietet die Frage nach sozialer Ungleichheit theoretisch neue Ansatzpunkte für das Verständnis der Gesellschaften des Staatssozialismus und empirisch eine Fülle von Befunden. Gleichviel, ob man auf die klassische Ebene der politischen Herrschaft schaut, auf die Grundachsen sozialer Ordnung, oder auf den Umgang dieser Gesellschaften mit Phänomenen der Nachkriegsmoderne, die sich mit Stichworten wie Konsumkultur, Urbanität oder Stil und Design verbinden – der Blick auf stratifikatorische Differenzen, auf ihre Ursachen, Leitideen und Ausdrucksformen verspricht einen Mehrwert für das Verständnis dieser historischen Formation. Intersektionale Hierarchien, Milieudifferenzierungen, Konstruktionen des „Sozialen“ in den zeitgenössischen Diskursen oder soziale Dynamiken der Vorgeschichte des postkommunistischen Osteuropas sind nur einige Dimensionen einer solchen Perspektive. Sie alle bieten die Chance, Kommunismusgeschichte weder auf die soziopolitischen Ambitionen der Regime zu reduzieren noch auf die Wahrnehmung als egalitaristisches Gegenmodell zur kapitalistischen Umwelt. Nicht zuletzt verbindet sich damit die Chance, Impulse für die Ausgestaltung einer sozial- wie kulturwissenschaftlich informierten „neuen Sozialgeschichte“ in die Breite des Faches insgesamt zurückzugeben.

Dr. Jens Gieseke, Zentrum für Zeithistorische Forschung, Am Neuen Markt 1, D-14467 Potsdam, E-Mail: gieseke@zzf-pdm.de